

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 69 (1975)
Heft: 11

Artikel: Für eine neue Wirtschaftsordnung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142511>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das chilenische Volk unterstützt sie mutig. So setzt sich das «Komitee für den Frieden», dem evangelische (Bischof Helmut Franz) und katholische Bischöfe (Fernando Ariztia) wie angesehene Laien angehören, unermüdlich für die politischen Gefangenen und die Achtung der Menschenrechte im Lande ein. Am 5. August fand in der Kirche Maria Lourdes in Santiago über Einladung von Mgr. Alvear (Santiago) ein ökumenischer Gottesdienst statt in Solidarität mit den Familien von 119 politischen Gefangenen, die auf der Liste des Komitees für den Frieden als vermißt angeführt sind. An dem Gottesdienst beteiligten sich mindestens zwanzigtausend Menschen, die den Vertretern der Kirchen, welche sich Tag für Tag der Militär-Junta in Verteidigung der Gefangenen und im Einsatz zur Bekämpfung der Hungersnot stellen, applaudierten. In einer Situation, in welcher jegliche Demonstration verboten ist, wurde dieser Gottesdienst, der die Menschen tief beeindruckte, zum Zeichen der Brüderlichkeit, der Solidarität und Hoffnung. — Die **Ausspeisung** für Kinder von Arbeitslosen (um eine permanente Schädigung der Gesundheit und des Wachstums zu verhindern) wurde angesichts der Hungersnot von der katholischen Kirche initiiert. Die Aktion hat Hunderte christlicher Basisgemeinschaften zur Selbsthilfe zusammengeführt und sich gegen die Widerstände des Regimes behauptet. Sie zeigt, wie das chilenische Volk trotz der Härte der Situation bereit ist, gemeinschaftlich und brüderlich zu reagieren. Diese und alle anderen Aktionen der christlichen Basisgemeinschaften und der Kirchenführung in Chile sind ausschließlich gewaltfrei. Wo die Gegen Gewalt unmöglich ist, **beginnt man, die Kraft der Gewaltlosigkeit als Weg der Befreiung zu entdecken.** — Unsere chilenischen Freunde unterstreichen die große Bedeutung des internationalen Drucks gegen das Regime und bitten um Fortsetzung dieser Unterstützung. IFOR

Für eine neue Wirtschaftsordnung

In den letzten Jahren häufen sich die Anzeichen, daß der Zustand der menschlichen Gesellschaft, global und national, schwere Schäden aufweist. Ein Suchen nach den Ursachen und den Möglichkeiten einer Korrektur der Fehlentwicklungen ist in allen Ländern festzustellen, ist aber besonders dringend in der Dritten Welt, die seit Generationen im Schatten der Industrieländer des Westens gelebt hat, und heute nicht gesonnen ist, sich länger ausbeuten zu lassen.

Die englische Monatsschrift «**New Internationalist**», die von den Organisationen «Oxfam», «Christian Aid» und «Third World First» herausgegeben wird, widmet sich in erster Linie Fragen der Weltent-

wicklung und untersucht in ihren Oktober- und November-Ausgaben, wie sich die «Neue Wirtschafts-Ordnung», die von den Ländern der Dritten Welt an einer Sondersession der UNO-Generalversammlung gefordert wurde, verwirklicht werden kann. «New Internationalist» kann mit einem Jahresabonnement von 5.— Pfund (ca. 30 sFr.) bezogen werden bei RPS Ltd., Victoria Hall, Fingal Str., London, SE 10; ORF UK. — Red.

*

1972 sah die Umwelt-Konferenz in **Stockholm**, 1974 die Weltbevölkerungs-Konferenz in **Bukarest** und das gleiche Jahr die Welternährungs-Konferenz in **Rom**. Und 1976 wird die Konferenz gegen Arbeitslosigkeit in **Genf** folgen. Die Erkenntnis wächst jedoch, daß Ernährungsprobleme, Arbeitslosigkeit, Übervölkerung und Umweltschäden nicht isoliert und zufällig auftreten, sondern im Gegenteil Symptome derselben Krankheit sind. So kam ein Seminar der Vereinten Nationen in **Cocoyoc** (Mexico) im Oktober 1974 zum Beispiel zum Schluß, daß die Unfähigkeit der Welt-Gesellschaft, allen Menschen eine sichere und glückliche Existenz zu bieten, nicht auf einen Mangel an materiellen Ressourcen zurückzuführen ist, sondern, wirtschaftlich und sozial gesehen, auf schlechte Verteilung der Güter der Erde. Was die Übervölkerung angeht, stellt Geoffrey Barraclough in «New Yorker» (1975) fest, daß der einzige Weg, der Geburtenvermehrung zu wehren, in der Hebung des Lebensstandards liegt — denn «es sind die Hungernden, Armen und Verzweifelten, die viele Kinder haben».

Zum Problem der Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern schreibt Paul Harrison in der Londoner «Financial Times» (12. Dez. 1974): «Forschungen haben ergeben, daß die Reichen in den Entwicklungsländern zu viel ausgeben für importierte Luxuswaren und Güter, die nach kapitalintensiven Methoden produziert werden. Eine gerechtere Verteilung der Mittel würde den Kauf von Waren, die an Ort und Stelle, nach arbeitsintensiven Methoden erzeugt werden, fördern; Arbeitslosigkeit in ländlichen Gebieten erzeugt die Abwanderung in die übervölkerten Städte und damit ein krasses Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land, «ein Ungleichgewicht an Reichtum, Macht, Kultur, Anziehungskraft und Hoffnung» (E. F. Schumacher).

Über die Verwüstung unserer Umwelt bestätigte die Internationale Labour-Organisations-Konferenz vom Mai dieses Jahres die Auffassung des UN-Referenten, Maurice Strong: Die **Umweltprobleme der industrialisierten Länder gehen von der Maßlosigkeit und den Mißbräuchen** des selben Wachstumsprozesses aus, der auch ihren heutigen Reichtum und ihre Macht erzeugt hat. Die **Umweltprobleme der Entwicklungsländer** andererseits sind hauptsächlich in der Armut und Rückständigkeit begründet, und in ihrer zu rasch wachsenden Bevölkerung, die sie

zwingt, landwirtschaftliche Randgebiete zu bebauen. Dies führt zu Erosion, Zerstörung von Wäldern, und damit zu einem Vorrücken der Wüste. Die Umweltprobleme der Dritten Welt können nicht gelöst werden ohne eine weitgehende Neu-Verteilung der Ressourcen unserer Welt.

Eine «Neue Wirtschaftsordnung»

Im Mai 1974 trafen sich Delegierte fast aller Regierungen der Welt, um dieses zentrale Problem der Ungleichheit an Reichtum und Entwicklungschancen zu besprechen. In der **6. Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen** einigten sie sich auf eine **«Deklaration»** über die Aufstellung einer «Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung.» Es war ein schwer erkämpftes Dokument, das die wichtigsten Prinzipien und einen konkreten Aktionsplan mit dem Ziel enthielt, der krassen Ungleichheit zwischen der industrialisierten und der Dritten Welt ein Ende zu setzen.

Obschon die fortgeschrittenen Länder über zweihundert Seiten an Einwänden gegen die «Erklärung» unterbreiteten, obschon ferner die Ungleichheit innerhalb vieler armer Völker ihre Forderungen fast ironisch erscheinen läßt, bildet die «Neue Wirtschaftsordnung» doch die große Hoffnung auf die Wende zu einer gerechteren und darum weniger hungrigen, weniger gewalttätigen und weniger physisch verelendeten Welt.

Eine der Forderungen der Völker der Dritten Welt geht nach mehr Selbstbestimmung. Unter heutigen Verhältnissen, in der sogenannten «freien Marktwirtschaft» fühlen sie sich ausgeliefert an unsichtbare Mächte — und erfahren tagtäglich, was Dr. Ardeke Boerma, **Direktor der FAO** (Food and Agricultural Organisation) zum Thema Ernährung zu sagen hatte. «Der Markt-, das heißt die Freie Marktwirtschaft, wenn sie sich selbst überlassen ist, **wird die Reichen immer ernähren.** Man kann nicht erwarten, daß der Handel je zu einer fairen Verteilung der Güter in der Welt gelangt. Der Handel ist dazu da, Profite zu erzielen.»

Die Situation für die 70 Prozent der Völker der Dritten Welt, die von der Landwirtschaft leben, wird noch verschärft durch das Überhandnehmen der **Multinationalen Korporationen.** Trotz allen Beschönigungsversuche (auch eines Ex-Bundesrates Schaffner) suchen und finden die Multinationalen ihre einträglichste Operationsbasis in den unterentwickelten Nationen, wo die Arbeitskraft billig ist, Rohmaterialien an Ort verfügbar und wo behördliche Einschränkungen — in Bezug auf Profite oder auf Umweltschädigung — weniger streng sind.

Eine Verhandlungsposition solcher Länder der Dritten Welt, die ohne Devisen und bei starker Verschuldung, sich um ein bescheidenes

Entwicklungsprogramm bemühen, ist sehr schwach — wie auch Richard Jolly in einem kürzlichen **Weltbank Rapport** feststellt, schwach ganz besonders gegenüber den Multinationalen, die nach zuverlässigen Schätzungen für jeden investierten Dollar mindestens 2 Dollar Gewinn herausholen.

Eine Möglichkeit, die von der «Gruppe 77» der Drittwelt-Länder in Aussicht genommen wird, ist vermehrte Zusammenarbeit im Aufbau einer Industrie und eines gemeinsamen Marktes für ihre Produkte. Gegenwärtig beträgt dieser Austausch nur 20 Prozent ihres Gesamthandels. Auch in diesem Bereich sehen sie sich von den Multinationalen bedroht, die durch ihre unbeschränkten finanziellen Ressourcen über mehr Machtmittel in Bezug auf Arbeitsplätze, Löhne, Exporte, Einkommens-Verteilung, wie auch über soziale Aufstiegsmöglichkeiten verfügen. Es ist nicht erstaunlich, daß die erwähnte «Gruppe 77» von der UNO internationale Maßnahmen «gegenüber den unannehmbaren Praktiken der Multinationalen Korporationen» verlangt. (Auch der Internationale Verband Freier Gewerkschaften verlangt solche Maßnahmen von der UNO. Der Üb.)

Ein Hebel der Macht, das hat OPEC gezeigt, ist der Zusammenschluß der Produktionsländer von Rohmaterialien, die im industriellen Prozeß eine Schlüsselstellung einnehmen, wie Öl, Bauxit oder seltene Metalle. Die Folge der Ölpreis-Erhöhung war dann allerdings eine Verdoppelung des Handelsdefizits für die Entwicklungsländer, die nicht in der Lage sind, Öl zu exportieren. Mit der Liefersperre der üblichen Ausfuhr Güter der Dritten Welt — Kaffee, oder Bananen, oder Ölfrüchte usw. — läßt sich kein Druck auf die Industrie der westlichen Länder ausüben; es gibt also nicht viel Raum für weitere OPECs. Für die Entwicklungsländer besteht eine Hoffnung auf die Solidarität in Form von Investitionen der OPEC-Länder, die sich teilweise zu erfüllen scheint. Die ölexportierenden Länder wandten 1974 16 Milliarden Dollar an Hilfe für die Entwicklungsländer auf, wovon 10 Milliarden zu sehr günstigen Bedingungen. Gesamthaft entspricht dies 5 Prozent des Brutto-National-Produkts, gegenüber 0,3 Prozent, die vom BNP der Industrieländer an Hilfe erhältlich waren.

Sicher ist, daß sich die Gesamtheit der Drittwelt-Länder, die hinter dem Konzept der «Neuen Wirtschaftsordnung» stehen, nicht länger mit dem heutigen Zustand abfinden wollen, der nach einem Wirtschafts-Experten der Weltbank erlaubt, daß etwa zwölf Haupt-Exportgüter (ohne Öl) die zirka 80 Prozent des Exportverdienstes der Entwicklungsländer ausmachen, vom Konsumenten mit 200 Milliarden Dollar bezahlt werden, wovon die Produzenten ganze 30 Milliarden Dollar erhalten. Der Betrag von 170 Milliarden Dollar «versickert» also auf dem Weg vom Produzenten zum Verbraucher.

Die 70 Prozent der Weltbevölkerung, die die Dritte Welt ausmachen, haben nur 7 Prozent der industriellen Produktion. Die «Neue Wirtschaftsordnung» fordert darum eine Ausdehnung der industriellen Produktion auf 25 Prozent bis am Ende dieses Jahrhunderts. Als flankierende Maßnahmen werden verlangt: eine Bindung der Importgüter-Preise, welche die Dritte Welt bezahlt an die Preise, die sie für ihre Rohmaterialien erhält. Sie fordert darüber hinaus Verhandlungen mit den Industrieländern für die Etablierung fester Märkte mit stabilen Preisen für bestimmte Quantitäten ihrer Exportgüter. Ein Appell ergeht auch an die westlichen Länder, die Forschung nach synthetischem Ersatz für die Rohmaterialien der Dritten Welt einzustellen. Diese Forschungen, die, wie sie feststellen, pro Jahr 1000 Mio Dollar kosten, haben bereits die wirtschaftliche Existenz von Ländern zerstört, die zum Beispiel vom Export von Materialien wie Sisal, Jute oder Gummi abhängig sind.

Strukturelle Veränderungen in den Industrieländern — so verlangt die «Neue Wirtschaftsordnung» — müssen auf die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern abgestimmt werden, Einfuhrzölle auf Fertigwaren aus der Dritten Welt stark gesenkt oder abgeschafft werden, und so weiter. Alle diese Maßnahmen gehen in Richtung einer weltweiten Arbeitsteilung. Industrien zum Beispiel, die auf zahlreiche Arbeitskräfte, wie am Ort verfügbare Rohmaterialien angewiesen sind — die Herstellung von Fußbekleidungen, Textilien, Papierwaren, Möbel, Glaswaren, pflanzliche Öle, Sperrholz wie auch gewisse Konserven, könnten in die Entwicklungsländer verlegt werden.

Da solche Umstellungen notwendigerweise mit riesigen Kosten verbunden sind, verlangt die «Neue Wirtschaftsordnung» teilnehmen zu können an der Schaffung eines internationalen Währungssystems, das ihren Bedürfnissen besser entgegenkommt als das bestehende monetäre System, welches u. a. eine Inflation sanktioniert hat, die den Entwicklungsländern schwer schadet und ihre Devisenreserven entwertet.

Wie schon erwähnt, besitzen die Länder der Dritten Welt, mit wenigen Ausnahmen, keine Möglichkeit, die Industriestaaten des Westens durch Liefersperrern zu zwingen, auf ihre umwälzenden wirtschaftlichen Forderungen einzugehen.

Wie weit findet nun der Appell an die reichen industrialisierten Länder, mit den armen Nationen in dieser Richtung zusammenzuarbeiten, ein Echo?

Genau ein Jahr nach dem UN-Appell für eine «Neue Wirtschaftsordnung» eröffnete die Niederländische Regierung ein Internationales Symposium in **Den Haag**, um die Erörterung dieser Fragen ein Stück voranzutreiben. Mindestens zwei der Diskussionsredner kamen auf die

Möglichkeiten zu sprechen, die eine «Neue Wirtschaftsordnung» auch den Reichen eröffnen würde.

Ausgangspunkt der Diskussion war die Einsicht, daß die Philosophie des Strebens nach dem höchsten Glück des Menschen und der Gesellschaft, der Utilitarismus der letzten zweihundert Jahre, zusammengebrochen ist, zusammengebrochen, weil dieses höchste Glück in der Praxis als höchstmögliches Nationalprodukt interpretiert wurde. Eine der konstruktivsten Überlegungen, die sich daraus ergab, kam von Barrington Moore jun., der vorschlug, die Gesellschaft sollte, anstatt nach dem höchsten Glück oder seinem wirtschaftlichen Ersatz zu streben, sich als Ziel setzen, das Leiden (suffering) auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Während es sozusagen unmöglich ist, menschliches Glück zu definieren, ist menschliches Leiden sehr konkret festzustellen und kann durch praktische Maßnahmen zur Überwindung von Hunger und Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut und Unwissenheit führen.

Diese Umkehrung des Utilitarismus ergibt einige grundlegende wirtschaftliche Prinzipien von praktischer Bedeutung. Das erste ist, daß absolute Armut, wo immer sie besteht, überwunden werden muß. Es folgt daraus — kurz dargestellt —, daß jeder Mensch ein Minimum an Einkommen haben muß, und als nächste Folgerung: Niemand darf seinen Reichtum äufnen, solange nicht jeder Mitmensch über das Wesentliche, das zum Leben gehört, verfügt.

Zu den Reichen gehören, nach Darstellung dieses Votanten, etwa 16 Prozent der Weltbevölkerung, das heißt etwa 640 Millionen Leute, alle Oberklassen, der Mittelstand und ein großer Teil der Arbeiterschaft der reichen Nationen. Es sind diese Leute, die für das Minimaleinkommen der am schlechtesten Gestellten aufzukommen haben.

Wenn diese Reform den Armen in den armen Ländern zugute kommen soll, müssen Wege gefunden werden, um die Ersparnisse der Reichen in Einkommen für die Armen zu verwandeln. Solche Wege bestehen heute nicht, müssen aber entdeckt werden, wenn die Minderung des Leidens unter den Ärmsten erreicht werden soll.

Auch innerhalb des **Weltrates der Kirchen** wurde der Vorschlag eines notwendigen Minimums für die Armen gemacht, dazu ein erlaubtes Maximum an Besitz für die Reichen und zwar von den asiatischen Kirchen. Sie fordern höchste Priorität für die Überwindung absoluter Armut. Überdies wollen sie, daß Ressourcen ausschließlich eingesetzt werden für die Produktion von lebensnotwendigen Gütern — billige Häuser statt Luxus-Appartements, solides Tuch statt feinen Textilien und synthetischen Stoffen, einfache Bewässerungs-Projekte für den Kleinbauern statt Riesenunternehmen, einfaches und präventives Gesundheitstraining statt teuren Kliniken, die sich auf Städte konzentrieren.

Es genügt auch nicht, von einem wünschbaren Minimum zu sprechen. Es geht darum, in Kalorien anzugeben, was an Nahrung nötig ist, in Quadratmetern, wenn es sich um Wohnraum handelt usw. Da ein Entwicklungsland sehr beschränkte Mittel hat, muß dafür gesorgt werden, daß diese Ressourcen nicht in übertriebenen Aufwand einer privilegierten Minderheit verschwinden, was, wie die Erfahrung zeigt, nicht ohne eine radikale Änderung der Machtverhältnisse abgeht.

Diese Vorschläge müssen ein Teil der nationalen Politik werden, vor allem in den Ländern der Dritten Welt, wo die Kluft zwischen Reich und Arm jeder Gerechtigkeit Hohn spricht. Der Prozeß kann unterstützt werden, wenn die reichen Nationen aus Solidarität ähnliche Initiativen ergreifen.

Die Oktoberausgabe des **«New Internationalist»** enthält einen Beitrag aus Schweden, der sich mit der Frage befaßt, wie dieses Land, mit seiner lebendigen Tradition von Demokratie, sozialer Wohlfahrt, Umweltschutz, seiner Solidarität mit der Entwicklungswelt Ausdruck geben könnte. Die Schweden Goran Backstrand und Lars Ingelstam, in Verbindung mit dem Dag Hammarskjöld-Projekt, arbeiteten Vorschläge aus, die darauf abzielen, zu einer gerechteren Verteilung der Weltressourcen beizutragen, Vorschläge zu behördlichen Maßnahmen, die alle in demokratischem Vorgehen eingeführt werden könnten. So sollte, um nur ein paar Beispiele zu erwähnen, der übermäßige Fleischkonsum Schwedens reduziert werden. Der Ölverbrauch wäre auf dem Niveau von 1970 mit 3,5 Tonnen pro Person und Jahr zu stabilisieren. Der Wohnraum, der in Schweden mit 140 Quadratmeter pro Person reichlich bemessen ist, sollte besser ausgenützt werden und nicht benutzter Wohnraum wäre zu besteuern usw.

Zu den interessantesten Vorschlägen gehören die Forderungen nach Konsumenten-Organisationen, die dafür zu sorgen hätten, daß Maschinen und Gebrauchsgegenstände jeder Art viel länger verwendungsfähig, also solider herzustellen wären. Vor allem hätten Privatautos aus den Städten zu verschwinden, während der öffentliche Verkehr in größtem Maßstab ausgebaut und verbilligt würde.

Die Bedeutung dieser wenigen Beispiele einer gewollten Einschränkung liegt darin, daß hier ein reiches Land seinen Solidaritäts-Erklärungen durch die Tat entsprechen würde. Als Nebenwirkung dürfte sich, wie die Autoren glauben, das politische Klima des Landes verbessern.

Aber die Bürokratie, die erforderlich wäre, um diese Einschränkungen durchzusetzen! Backstrand und Ingelstam sind der Ansicht, daß mehr Leute in öffentlichen Diensten tätig sein sollten, wo der persönliche Kontakt zählt. Mehr direkte Kontrolle der Regierung und Verwaltung großer Gemeinwesen durch die Bürger wäre von gutem und könnte zu einer Vereinfachung vieler Vorschriften führen. Auf den

Einwand, solche Vorschläge seien naiv und unmöglich, kann man mit den erwähnten Autoren erwidern, daß es leicht ist, aus Zynismus oder Resignation eine gewollte Umstellung abzulehnen. «Doch geplante Änderungen sind besser als Krisen durchzustehen, die uns durch die Verhältnisse vielleicht plötzlich aufgezwungen werden.»

Die wichtigsten Grundsätze der «Neuen Wirtschaftsordnung» im gegenseitigen Verkehr und innerhalb der Nationen befassen sich mit der Abschaffung oder Überwindung der krassen Unterschiede, sie enthalten die Forderung, die lebenswichtigen Bedürfnisse eines jeden Menschen müßten gesichert sein und alle Leute und alle Völker müßten an der Fassung und Verwirklichung von Beschlüssen teilnehmen können, soweit diese ihr Leben beeinflussen.

Nach den Erfahrungen eines Pakistaners, Sartaj Aziz, der während zehn Jahren in verantwortlicher Stellung bei der FAO (Food and Agricultural Organisation) tätig war, darf man ruhig behaupten, daß China die obenstehenden Grundsätze am besten verwirklicht hat, angesichts der Tatsache, daß es sich in weniger als dreißig Jahren aus verelendeten, von Krankheiten zerrütteten Massen zu einer Nation gewandelt hat, in welcher für jedermann Nahrung, Unterkunft, Kleidung, Gesundheitspflege, Erziehung und Arbeit gesichert ist.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß im Fall China die Verminderung von Ungleichheiten zwischen Reich und Arm, Männern und Frauen, Führern und Volk, Stadt und Land dazu geführt haben, daß die Nahrungsproduktion erhöht, das Bevölkerungs-Wachstum reduziert werden konnte. Diese Ausmerzungen der Unterschiede erzeugte auch den wirtschaftlichen Aufschwung, schuf Arbeitsplätze, schützte die Umwelt und stoppte die Zuwanderung zu den Städten.

Diese Leistung in einer Nation von 800 Millionen muß darum offenbar im Zentrum einer Diskussion stehen, die sich mit der wirtschaftlichen Organisation innerhalb und zwischen Nationen befaßt, denn China scheint eine neue Wirtschafts-Ordnung geschaffen zu haben, **die funktioniert.**

In einem Vortrag vor der Gesellschaft für Internationale Entwicklung in Oxford gab Mr. Sartaj Aziz bemerkenswerte Erläuterungen über verschiedene Charakteristika der «Neuen Wirtschaftsordnung» Chinas und ihrer Wirkungsweise.

Da sind einmal die Kommunen, über die im Westen oft irrtümliche Vorstellungen bestehen. Nach Aziz' Beobachtung und Forschung ist die Kommune nicht einfach ein komplizierter Apparat für kollektive Landwirtschaft. Ihr Umfang richtet sich nach lokalen Umständen und kann 3000 bis 12 000 Hektaren und 4000 bis 16 000 Familien umfassen. Die Kommune ist ein Mehrzweck-Gebilde und befaßt sich mit allen

politischen, wirtschaftlichen, sozialen und verwaltungstechnischen Belangen einer ländlichen Gemeinschaft.

Unterschiede zwischen wohlhabenden Kommunen mit fruchtbarem Land und ärmeren, oder sehr guten Arbeitern und weniger tüchtigen sind nicht derart, daß sie eine Elite mit höherem Lebensstandard schaffen. Das durchschnittliche Farmeinkommen ist 50 bis 100 Prozent höher an Kaufkraft als dasjenige von Thailand, Indonesien und den Philippinen, um nur diese zum Vergleich heranzuziehen. Wichtig ist, daß dieses Einkommen in China sehr gleichmäßig verteilt ist, so daß es nicht große Unterschiede zwischen Großbauern und Kleinbauern verbirgt. Auch nimmt dieses Farmeinkommen dank vermehrter Bewässerung, Düngung und Saatzucht stetig zu. Zudem kann die chinesische Kommune ihre Tätigkeit auf alle möglichen Gebiete ausdehnen — Fischerei, Waldwirtschaft, Viehzucht — wie auch auf Kleinindustrien wie Zuckerraffinerie, Milchpulvererzeugung, Baumwollpflanzung, Düngemittelherstellung und Landmaschinenproduktion. Für diese Diversifizierung holen die Kommunen nicht Facharbeiter aus anderen Distrikten oder aus Städten, sondern sie bilden je nach Bedürfnis ihre eigenen Mitglieder für neue Tätigkeiten aus und behalten den Mehrwert, den sie so erzeugen, für ihr Gemeinwesen.

Die Steuer, die die Kommunen dem Staat in Farmprodukten abliefern, wird alle fünf Jahre in Prozenten der Gesamtproduktion berechnet und ist, da die Produktion stets zunahm, von 12 Prozent auf ungefähr 6 Prozent gesunken. Überschüsse nach Sicherstellung der Ernährung und anderer lebensnotwendiger Posten werden zur Modernisierung der Kommune eingesetzt. Für Gesundheitspflege und Schulinrichtungen muß die Kommune aus ihren Ersparnissen aufkommen.

Das große Verdienst des chinesischen Planungssystems besteht darin, daß es lokale Möglichkeiten und Ressourcen in höchstmöglichem Maß für lokale Bedürfnisse einsetzt. Ein zentrales Planungssystem wird selten alle potentiellen Entwicklungsmöglichkeiten eines Gebietes erkennen, oder, was in jedem Fall die richtige Reihenfolge der Prioritäten ist.

Die besondere Bedeutung der chinesischen Kommune ist ihr Platz im ideologischen und politischen System der Nation. Das Hauptziel der chinesischen Gesellschaft ist nicht der möglichst rasche materielle Fortschritt, das heißt die Schaffung eines Konsum-Paradieses, sie erstreben vielmehr die Entwicklung einer klassenlosen Gesellschaft, in welcher soziale Ungleichheit auf ein Minimum reduziert ist, in der ein hoher Grad politischen und ideologischen Bewußtseins herrscht und eine betonte Sorge um das Wohl jedes Einzelnen.

Finanzieller Ansporn fehlt übrigens nicht in China — aber der Wunsch nach höherem Lohn ist nicht das Haupt-Leistungsmotiv. Das

alles heißt nun nicht, daß China alle seine wirtschaftlichen und sozialen Probleme gelöst hat, denn, wie man dem fremden Besucher immer wieder sagt: «China ist ein Entwicklungsland und hat noch einen langen Weg vor sich.»

Uns scheint, die Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika, die ihre Probleme — absolute Armut, Arbeitslosigkeit und Inflation — bis jetzt nicht gelöst haben, sehr viel vom chinesischen Beispiel lernen könnten, wenn ihre Machthaber sie nicht daran hinderten. — Red.

Vergessene Koreaner

Haben Sie je durch unsere Massenmedien davon gehört, daß unter den vor dreißig Jahren in Hiroshima und Nagasaki Atombombengeschädigten sich 100 000 Koreaner befanden? Von diesen starben je 50 000 unter der unmittelbaren Wirkung der Explosion oder kurz darnach. Von 50 000 Überlebenden blieben 8000 in Japan, 30 000 kehrten nach Korea zurück, von denen bis heute 10 000 starben, die meisten an Folgeerscheinungen ihres schrecklichen Erlebnisses, während 20 000 weitere Überlebende sich in Korea mit ihren oft auch gesundheitsgeschädigten Kindern in Armut und Elend hinschleppen.

Vorstehende Zahlen wurden von japanischen Mitgliedern des International Fellowship of Reconciliation (IFOR), die sich 1971 zu einer Hilfsvereinigung für koreanische Atomgeschädigte zusammengeschlossen haben, diesen August herausgegeben.

Sie fragen: wieso konnten so viele Koreaner bei diesen atomaren Überfällen umkommen? Dies hängt mit der Eroberung Koreas durch die Japaner im Jahre 1910 zusammen. Damals wurde dieses Land zu einem Teil Japans erklärt. Seine Bürger wurden zu «Japanern». In dem Maße, als die Japaner ihren Eroberungskrieg in Ostasien weiter vortrieben und ihre Mannschaft dem Wirtschaftsleben ihres eigenen Landes entzogen, brachten sie zuerst freiwillig, dann mehr und mehr zwangsweise, darunter auch Schulmädchen in sogenannten Hilfscorps, Männer und Frauen aus Korea nach Japan, die als Zwangsarbeiter die niedrigsten Arbeiten in den Fabriken und übrigen Dienstorten zu leisten hatten. Sie mußten in einer Art Konzentrationslager beisammenleben und wurden für wenig mehr als Tiere gehalten. Ihre angestammten Namen mußten sie ablegen und japanische annehmen, waren herausgerissen aus Heimat, Familie, Verwandtschaft, Sitte und Sprache und wurden zu Sklaven ihrer japanischen Herren. Bis 1945 vegetierten auf diese Weise etwa 2 Millionen Koreaner in Japan.

Was von ihnen in den atombombengeschädigten Städten noch übrig blieb, erhielt schließlich von der japanischen Regierung einen Geschä-